

Stadt Miesbach



Geänderte Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, den 17.02.2022 17:00 – 20:00 Uhr

Anwesende Gremiumsmitglieder:

Vorsitzender

1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller

Stadträte

Stadtrat Markus Baumgartner
Stadtrat Manfred Burger
Stadtrat Paul Fertl
Stadträtin Malin Friese
Stadtrat Alois Fuchs
Stadtrat Stefan Griesbeck
Stadträtin Astrid Güldner
Stadtrat Florian Hupfauer (Zugang bei Top 2)
Stadträtin Inge Jooß (Zugang bei Top 1.3)
Stadtrat Andreas Lechner
Stadtrat Michael Lechner
Stadtrat Franz Mayer
Stadtrat Alfred Mittermaier
Stadtrat Christian Mittermaier
Stadtrat Florian Perkmann (Zugang bei Top 1.2)
Stadtrat Erhard Pohl
Stadtrat Andreas Reischl
Stadtrat Florian Ruml (Zugang bei Top 2)
Stadträtin Verena Schlier
Stadträtin Hedwig Schmid
Stadtrat Markus Seemüller
Stadträtin Petra Six
Stadträtin Marie-Christine van Walbeek

Es fehlte entschuldigt:

Stadträtin Aline Brunner

Es fehlte unentschuldigt:

Schriftführer:

Führer Gerhard

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bekanntgaben
 - 1.1. Bekanntgabe - Notverbund Müller am Baum
 - 1.2. Bekanntgabe - Sozialer Wohnungsbau "Am Gschwendt"
 - 1.3. Bekanntgabe - Faschingstreiben
2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 33 "Umfeld Rosenheimer Straße" im beschleunigten Verfahren der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB für die geplanten Baumaßnahmen des Landratsamtes;
Aufstellungsbeschluss sowie erforderliche Baumfällungen
3. Umbau des ehem. Klosters in ein Kinderhaus;
-Bauzeitenverlängerung und Mehrkostenanmeldung-
4. Museumsdepot - Standortalternativenprüfung; Vorstellung der Ergebnisse durch das Architekturbüro Oerter und Katikaridis;
weiteres Vorgehen
5. Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/die Grünen & SPD;
Zuschuss für Miesbacher Gastronomie zur Umstellung auf ein Mehrwegsystem im "to-go" Bereich
6. Veröffentlichung von nichtöffentlichen Beschlüssen des Stadtrates
7. Unvorhergesehenes, Wünsche und Anträge
 - 7.1. Unvorhergesehenes - Nutzung im alten Krankenhaus
 - 7.2. Unvorhergesehenes - Kosten für die Schneekatastrophe
 - 7.3. Unvorhergesehenes - Radoffensive

1. Bekanntgaben

Der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Bestehen Einwände gegen die Tagesordnung? Dies ist nicht der Fall.

Das Stadtratsmitglied Aline Brunner ist für heutige Sitzung entschuldigt.

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 20.01.2022 wurde im Ratsinformationssystem (RIS) unter Allgemeine Informationen am 04.02.2022 bereitgestellt. Sollte diesem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt es im Sinne der Gemeindeordnung als genehmigt.

Das Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung vom 20.01.2022 kann während der Sitzung eingesehen werden. Sollte auch diesem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt es im Sinne der Gemeindeordnung ebenfalls als genehmigt.

Der Zutritt zur Stadtratssitzung erfolgt aufgrund der Ausübung des Hausrechts durch den Ersten Bürgermeister unabhängig vom Impf- oder Genesenenstatus, nur mit Vorlage eines aktuell gültigen Schnelltest, bzw. Selbsttest unter Aufsicht vor Beginn der Stadtratssitzung. Tests stehen im Eingangsfoyer zur Verfügung. Weiterhin gilt die Pflicht zum Tragen einer FFP2-Maske bis zum Sitzplatz.

Nach 90 Minuten ist eine Lüftungspause einzulegen. Die Ein- und Ausgänge sind separiert.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Brunner, Perkmann, Jooß, Ruml, Hupfauer

1.1. Bekanntgabe - Notverbund Müller am Baum

Die Verbindung zwischen der Wasserversorgung Müller am Baum und der Stadt Miesbach wurde am 09.02.2022 hergestellt.

In Notfällen kann jetzt der Betreiber der Wasserversorgung Müller am Baum den Ortsteil mit Trinkwasser der Stadt Miesbach beliefern.

Das Wasserwerk der Stadt Miesbach steht auch weiterhin mit dem Wasserversorger Müller am Baum im fachlichen Austausch.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Brunner, Perkmann, Jooß, Ruml, Hupfauer

1.2. Bekanntgabe - Sozialer Wohnungsbau "Am Gschwendt"

Es besteht Kontakt mit mehreren Interessenten bzgl. der Umsetzung des geplanten sozialen Wohnungsbaus im Bebauungsplangebiet „Am Gschwendt“. Die sich aufgrund dieser Kontakte bietenden Alternativen sollten gemeinsam in einem zu bildenden Arbeitskreis besprochen werden, um eine spätere Entscheidung im Stadtrat vorzubereiten.

Die Fraktionen werden gebeten, jeweils einen Vertreter für diesen Arbeitskreis zu benennen.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Brunner, Jooß, Ruml, Hupfauer

1.3. Bekanntgabe - Faschingstreiben

Aufgrund der immer noch anhaltenden pandemischen Lage wird das Faschingstreiben am Marktplatz abgesagt, das traditionell am Faschingsdienstag stattfindet.

Eine Durchführung in herkömmlicher Form ist aufgrund gesetzlicher Bestimmungen und Respekt vor der Gesundheit nicht möglich.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Brunner, Ruml, Hupfauer

2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 33 "Umfeld Rosenheimer Straße" im beschleunigten Verfahren der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB für die geplanten Baumaßnahmen des Landratsamtes; Aufstellungsbeschluss sowie erforderliche Baumfällungen

Beschlusslage

In der Sitzung des Stadtrates am 20.05.2021 hatte das Landratsamt Miesbach den aktuellen Stand der Planungen für den Landratsamtsneubau auf Basis eines neuen Raumprogramms vorgestellt. Die jüngsten Entwicklungen führten zu einem neuen Nachdenken bzgl. der Erforderlichkeiten. So wurde insbesondere dem Thema Homeoffice weitaus mehr Beachtung geschenkt, woraus sich ein deutlich geringerer Raumbedarf ergibt.

Damit ist das erforderliche Volumen für den Ersatzbau deutlich geschrumpft und dieser findet nun auf dem Gelände der früheren Landwirtschaftsschule und des Landwirtschaftsamtes Platz. Nördlich der Riezlerstraße entsteht sozialer Wohnungsbau (24 Mitarbeiterwohnungen) unterkellert mit einer Tiefgarage. Damit ist die früher angedachte Verlegung der Riezlerstraße nach Norden nicht mehr erforderlich, sie soll allerdings im Bereich zwischen dem Landratsamtsneubau und dem Wohnbau (hier entsteht auch der Aufzug der Tiefgarage) verkehrsberuhigt ausgestaltet werden.

Der Stadtrat hatte in den Sitzungen vom 20.05.2021 und 24.06.2021 folgende Eckpunkte für die erforderliche Änderung des Bebauungsplanes Nr. 33 „Umfeld Rosenheimer Straße“ in Aussicht gestellt:

- 4-geschossiges Gebäude mit Satteldachgeschoß an der Münchner Straße als Fortsetzung der regionalen Miesbacher Bautypologie (Proportionen, Maßstab, Materialien, Farben)
- abgesetztes und untergeordnetes 3-geschossiges Gebäude im straßenabgewandten Grundstücksteil mit begrüntem Flachdach zur Nutzung auch als Aufenthaltsfläche
- Möglichkeiten der Solarnutzung aber keine haustechnischen Anlagen auf dem Flachdach wie Kühlung, Lüftung, Aggregate...

Grundzüge der Planung

Der Architekt Herr Hohenreiter hat diese Eckpunkte des Konzepts aufgenommen und in die Form eines Bebauungsplanentwurfs gegossen. Dieser soll Grundlage des Weiteren Verfahrens zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 33 „Umfeld Rosenheimer Straße“ werden, der dann die planungsrechtliche Grundlage für die Planungen des Landratsamtes wird. Die wichtigsten Festsetzungen werden nachfolgend kurz dargestellt:

- Gebietsfestsetzung Urbanes Gebiet gem. § 6a BauNVO
- Festsetzungen von Baulinien und Baugrenzen, Geschossigkeiten, Wandhöhen, Dachformen, Dachneigung im Verwaltungsteil wie bereits vom Stadtrat vorgegeben
- Festsetzung von zwei Baufenstern im Wohngebietsteil (III+D, Wandhöhe 12 m, Dachneigung 18 bis 25°) mit der Maßgabe, dass nur Wohnungen entstehen dürfen, die mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung gefördert werden könnten
- Tiefgaragenabfahrt mit begrüntem Flachdach im Norden, Aufzugsgebäude aus der Tiefgarage im Süden des Wohnbereichs
- Verkehrsberuhigter Bereich in der Riezlerstraße
- Längsparkerstellplätze an der Münchner- und Riezlerstraße
- Darstellung von Denkmal- und Ensembleschutz

Stellplatzregelung

Das Landratsamt bittet um eine Abweichung vom Stellplatzschlüssel der Stellplatzsatzung der Stadt. Dementsprechend wurde in den Bebauungsplanentwurf folgende Regelung aufgenommen:

Für den Wohnbereich wird im Bebauungsplan aufgrund der festgesetzten Sozialbindung, wie in gleich gelagerten Fällen, der Stellplatzschlüssel abweichend zur Stellplatzsatzung wie folgt festgesetzt:

- 1 Stpl/ Wohneinheit bis 60 qm
- 1,5 Stpl/ Wohneinheit bis 80 qm
- 2 Stpl/ Wohneinheit ab 80 qm

Begründung: Sozialbindung, ÖPNV-Anbindung, ausschl. Landratsamtsmitarbeiter, außerhalb der Dienstzeiten des LRA stehen die Stellplätze des Amtes zusätzlich zur Verfügung.

Für den Verwaltungsbereich kommt der Schlüssel der Stellplatzsatzung der Stadt zur Anwendung, mit der Ausnahme, dass im Verwaltungsbereich ohne erheblichen Besucherverkehr nicht wie in der Satzung 1Stpl./ 30 qm, sondern 1 Stpl./ 35 qm gefordert wird. Der Stellplatzbedarf des Neubaus stellt sich dann wie folgt dar:

• Verwaltung mit erheblichem Parteiverkehr 1 Stpl./ 20qm	5,3 Stpl.
• Verkaufsstätte, Schilderdienst 1 Stpl./ 30 qm	1,0 Stpl.
• Sitzungssäle, Versammlungsstätten 1 Stpl./ 5 Personen	20,0 Stpl.
• Verwaltung ohne erheblichen Besucherverkehr 1Stpl./ 35 qm	48,0 Stpl.
Summe aufgerundet:	75 Stpl.

Dies sind im Ergebnis 8 Stellplätze weniger, als von der Satzung gefordert.

Begründung:

- Im direkt anliegenden Wohnbereich mit 24 Wohneinheiten wohnen ausschließlich Mitarbeiter des Landratsamtes, die für ihr Fahrzeug bereits aufgrund der Wohnung einen Stellplatz haben, somit keinen weiteren Mitarbeiterstellplatz benötigen
- ÖPNV-Anbindung

- Resultierend aus dem Nutzungskonzept des Verwaltungsgebäudes wechseln Mitarbeiter tätigkeitsbezogen den Aufenthaltsort im Gebäude (Bürgerkommunikation EG, konzentriertes Arbeiten OGs)
- Weniger Präsenz von Besuchern und Mitarbeitern aufgrund fortschreitender Digitalisierung

Grundabtretung

Die Planung sieht die Abtretung eines ca. 1,50 m breiten Streifens aus dem Grundstück der Stadt an der Münchner Straße vor, der künftig als Grünstreifen zwischen der öffentlichen Verkehrsfläche und den Gebäuden zur Verfügung steht und unter anderem der Unterbringung von Licht- und Lüftungsschächten dient. Dadurch entfällt die vorhandene Busbucht, was aus Sicht der Verkehrssicherheit sehr zu begrüßen ist. Die Breiten der Verkehrsflächen (Fahrbahn und Gehweg), sowie die Längsparkerstellplätze bleiben jedoch erhalten.

Grünordnung

Die Planungen bedingen die Fällung einer Reihe von Bäumen, die unter die Baumschutzverordnung der Stadt Miesbach fallen und die im Bebauungsplanentwurf als zu beseitigen festgesetzt sind. Dabei handelt es sich um 9 Bäume im Verwaltungsbereich sowie um 7 Bäume im Bereich des sozialen Wohnens. Die Bäume sind in der Anlage 01 näher aufgeführt und spezifiziert. Geplant ist eine Ersatzpflanzung im Areal mit 20 Bäumen verschiedener Größe und Art, dargestellt in der Anlage 02 bzw. 2a. Die ortsbildprägende Buche im Innenhof (festgesetzt als Naturdenkmal) sowie zwei weitere Bäume im Innenhof und 3 Bäume im Umfeld des bestehenden Landratsamtsgebäudes werden als zu erhaltend festgesetzt.

Antrag auf Baumfällung

Das Landratsamt bittet um die Fällerlaubnis von 9 Bäume auf dem südlichen Grundstück vor Rechtsverbindlichkeit der Änderung des Bebauungsplanes. Hintergrund hierfür:

- Betreffende Bäume stehen im zukünftigen Baufeld
- Die sich im Baufeld befindenden Sparten sichern die Versorgung der Bestandsgebäude A/F mit Strom, Fernwärme und IT und müssen deshalb vorab umgelegt werden, das gleiche gilt für eine bestehende Trafostation
- Die neu geplante Trasse stellt die Versorgung der Bestandsgebäude während der Bauphase sicher und gewährleistet die Erschließung des Ersatzbaus, die betreffenden Bäume befinden sich auf der Trasse südlich und östlich des Ersatzbaus
- Maßnahme muss vor dem im Winter einsetzenden Bodenfrost und vor der nächsten Heizperiode abgeschlossen sein
- Für die Verlegung der Erdtrasse werden 4 Monate Ausführungszeit geplant.

Als Ausgleich wird eine Ersatzpflanzung von 14 Bäumen (Stammumfang STU 14-16 cm/ 3 x verpflanzt mit Drahtballen) in der Riviera angeboten. Die Wahl der Baumart findet unter Berücksichtigung des Standortes, der aktuellen Entwicklung bezüglich des ALB und der Klimaentwicklung mit Einbindung der UNB und des Anlagenreferenten statt. Laut Kostenschätzung würde diese Maßnahme das LRA ca. 10.000,00 € kosten.

In der Diskussion fand der Bebauungsplanentwurf und das dahinterstehende städtebauliche Konzept die Zustimmung des Stadtrates, lediglich bzgl. des festzusetzenden Stellplatzschlüssels gab es unterschiedliche Meinungen:

Während Stadtratsmitglied Seemüller sich gegen jegliche Abweichung von der Stellplatzsatzung aussprach, waren für Stadtratsmitglied Fertl die Abweichungen akzeptabel und die Begründungen hierfür nachvollziehbar. Stadtratsmitglied Pohl sah die Stadt in der Pflicht aus Gründen der Gleichbehandlung einer Abweichung im Bereich des sozialen Wohnbaus zuzustimmen, nicht aber im Verwaltungsbereich. Er verwies darauf, dass nicht sichergestellt sei, dass die Landratsamtsmitarbeiter, die im Bereich des sozialen Wohnbaus wohnen auch in den Verwaltungsgebäuden unmittelbar anliegend arbeiten, er verwies zudem darauf, dass die Bestandsgebäude baurechtlich ohne Stellplatzanforderungen sind und über kurz oder lang die Stellplätze an der Zulassungsstelle wegfallen. Stadtratsmitglied Güldner stimmt dem zu und regt an, die Stellplatzsatzung generell für den sozialen Wohnungsbau zu ändern, dafür Stellplatzanforderungen für Fahrräder in Anzahl und Qualität auf zu nehmen. Herr Hohenreiter verweist darauf, dass überdachte Fahrradabstellplätze an der Ostseite des Landratsamtes geplant sind, ein Standort der Stadtratsmitglied Mayer im Umfeld des denkmalgeschützten Gebäudes und Ensembles keineswegs zusagt. Stadtratsmitglied Ruml regt weitere Stellplätze im Innenhof an.

Die Notwendigkeit der umfangreichen Baumfällungen wurde bedauert, andererseits aber auch die Notwendigkeit gesehen. Insbesondere Stadtratsmitglied und Anlagenreferent Lechner bedauert diesen Umstand auch aufgrund der bereits umfangreich erfolgten Fällungen im Rahmen der ALB-Bekämpfung und erklärt, es werde schwierig, dem Bürger den Baumschutz zu vermitteln. Er fordert ein größeres finanzielles Engagement des Landratsamtes bei den Ersatzpflanzungen und regt an, generell im Haushalt mehr Geld für Nachpflanzungen einzustellen.

Beschluss 1:

Der Stadtrat beschließt, dass der Bebauungsplan Nr. 33 „Umfeld Rosenheimer Straße“ auf Basis des vorliegenden Bebauungsplanänderungsentwurfs des Architekten Hohenreiter im beschleunigten Verfahren der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB geändert werden soll und beauftragt die Verwaltung, in das weitere Verfahren zu gehen.

Abstimmungsergebnis: 24 / 0

Hinweis: ohne: Brunner

Beschluss 2:

Der Stadtrat beschließt, dass es bezüglich der Stellplatzanforderungen keine Abweichungen zur Stellplatzsatzung der Stadt Miesbach gibt und der Bebauungsplanentwurf entsprechend zu ändern ist.

Abstimmungsergebnis: 4 / 20 (abgelehnt)

Hinweis: ohne: Brunner

Beschluss 3:

Der Stadtrat beschließt, dass bezüglich der Stellplatzanforderungen anstelle des im Bebauungsplanentwurf enthaltenen Stellplatzschlüssel im Bereich für die Verwaltung der Schlüssel aus der Stellplatzsatzung der Stadt Miesbach anzuwenden ist, der Bebauungsplanentwurf ist entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: 15 / 9

Hinweis: ohne: Brunner

Beschluss 4:

Der Stadtrat beschließt, für den im Bebauungsplanentwurf als zu entfernend festgesetzten Baumbestand im Bereich des Verwaltungsareals eine Genehmigung zur Fällung vor Rechtsverbindlichkeit der Bebauungsplanänderung gemäß der Baumschutzverordnung unter der Auflage einer Ersatzpflanzung von 14 Bäumen gem. dem Anschreiben des Landratsamtes Miesbach zur Wiederaufforstung im Stadtgebiet ohne Standortbindung, sowie eine dementsprechende Befreiung von den Festsetzungen des gegenwärtig noch rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 33 "Umfeld Rosenheimer Straße".

Abstimmungsergebnis: 24 / 0

Hinweis: ohne: Brunner

3. Umbau des ehem. Klosters in ein Kinderhaus; -Bauzeitenverlängerung und Mehrkostenanmeldung-

Nach Zustimmung des vorzeitigen Maßnahmenbeginn von der Regierung von Oberbayern und den genehmigten Bauantrag wurde bei dem Projekt „Klosterumbau in ein Kinderhaus“ im September 2021 mit den Abrissarbeiten begonnen.

Das Gebäude ist mittlerweile komplett zur Einsicht für den Statiker und Prüfstatiker entkernt (Decken, Wände, Dachstuhl) bzw. freigelegt worden. Nach den Untersuchungen ergaben sich Ergebnisse die zu folgenden Mehrkosten und Bauzeitenverlängerung führen.

Es wurde festgestellt, dass das historische Gebäude speziell im Mittelbau aus dem frühen 1900 Jh. einige statische und sicherheitsrelevante Mängel aufweist die bereits von den jeweiligen Fachplanern und Architekten unter Absprache mit der unteren Denkmalschutzbehörde dokumentiert und aufgenommen wurden.

Weiterhin ergaben sich bei den Ausschreibungen relevante Abweichungen gegenüber der Kostenberechnung aufgrund der aktuellen Marktsituation.

Die bauzeitlichen Auswirkungen wurden bereits mit den Leiterinnen des Betreibers kommuniziert und abgeklärt. Eine spätere Nutzungsaufnahme hat aus Sicht der Leiterinnen keine Auswirkung, da die Neuaufnahmen regelkonform für September 2023 geplant werden.

Warum und wie sich das Projekt Kosten- und Bauzeitentechnisch auswirkt, wird in der heutigen Sitzung vom Architekturbüro Leupold Brown Goldbach vorgestellt.

<u>Stand:</u>	<u>Gesamtkosten</u>	<u>Fertigstellung</u>
18.02.2021	ca. 5,3 Mio. € brutto	ca. Sep. 2022
17.02.2022	ca. 5,9 Mio. € brutto	ca. Mai 2023

Die Planungen wurden vom Stadtrat insgesamt als gelungen gewertet. Dem Gremium war dabei auch bewusst, dass ein Umbau eines alten Gebäudes einen gewissen Mehraufwand mit sich bringt, was sich auch in den Kosten auswirkt. Hinsichtlich der Kosten wurde allerdings die Frage laut, ob zukünftig mit noch weiteren Steigerungen gerechnet werden muss. Zudem stellte sich die Frage, ob der neue Zeitplan eingehalten werden kann.

Herr Goldbach vom Architekturbüro Leupold Brown Goldbach konnte dazu eine Umfangreiche Erläuterung liefern die wie folgt zusammengefasst werden kann.

Auf Grund einer in Teilbereichen fehlenden Statik sind zusätzliche Ertüchtigungen im Haupt- und Mittelteil (Decken und Wände) sowie eine zusätzliche Bodenplatte im Mittelteil erforderlich.

Die mit dem Denkmalschutz koordinierten neuen, deutlich gefälligeren Fenster wirken sich im Preis ebenfalls aus. Dazu wird angemerkt, dass das Paket Fenster wohl den teuersten Bestandteil darstellt, was sicherlich auch der steigenden Rohstoffpreise für Holz geschuldet ist. Wie sich die zukünftigen Ausschreibungsergebnisse der noch fehlenden Gewerke auswirken, kann derzeit durch die schwierige Lage (Materialkosten und Lieferschwierigkeiten) nicht prognostiziert werden. Der Zeitrahmen der Baumaßnahme wurde hinsichtlich unvorhergesehener Verzögerungen aller Art, explizit mit einem Puffer versehen.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die Ergebnisse der Kostensteigerung und Bauzeitenverlängerung zur Kenntnis. Die geänderten Kosten sind entsprechend im Haushalt 2022 zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: 24 / 0

Hinweis: ohne: Brunner

4. Museumsdepot - Standortalternativenprüfung; Vorstellung der Ergebnisse durch das Architekturbüro Oerter und Katikaridis; weiteres Vorgehen

In der Stadtratssitzung vom 29.07.2021 erfolgte eine Vorstellung des Planungskonzeptes für das Museumsdepot im Feuerwehrhaus.

Der 1. Bürgermeister wurde ermächtigt, alternative Standorte für das Museumsdepot und Räume für eine Ausstellungsnutzung durch das Büro Oerter / Katikaridis prüfen zu lassen.

1. Standortalternativenprüfung

Aus den Reihen des Stadtrates gingen folgende Vorschläge zur Standortalternativenprüfung ein:

Neubauten auf der Waitzinger Wiese, am Nordgraben und an der Maxlrainerstraße;
Umbauten am Gersthaus und am Waitzinger Keller.

Der Standort „Altes Krankenhaus“ wurde lediglich besichtigt, eine Auswertung erfolgt nicht, da inzwischen eine andere Gebäudenutzung vorgesehen ist.

In der Stadtratssitzung vom 16.12.2021 wurde der Antrag der Freien Wähler vorgestellt, im Waitzinger Keller ein „museales Depot für die kulturelle Identität und Miesbachs Geschichte“ einzurichten. Eine Beschlussfassung darüber wurde bis zur Vorstellung aller Alternativstandorte verschoben.

Der Vorsitzende des Museumsvereines Miesbach wurde am 10. Februar 2022 über die aktuellen Untersuchungen informiert. Herr Schlichting befürwortet eine Depotlösung im Feuerwehrhaus.

2. Temporäre Ausstellungsmöglichkeiten

Ausstellungsmöglichkeiten für Museumsexponate sind im Kulturzentrum Waitzinger Keller gegeben, aber auch im Rathaus oder in Form von Ausleihen zu überregionalen Ausstellungen oder Landesschauen.

Das Architekturbüro Oerter & Katikaridis stellt die 6 möglichen Varianten zum Umbau oder zum Neubau eines Museumsdepots einschließlich Kostenschätzungen vor. Nach kontroverser Diskussion im Stadtrat erklärt Stadtratsmitglied Markus Seemüller, dass es nicht in seiner Absicht liegt, die Volkshochschule aus dem Waitzinger Keller zu drängen, vielmehr sei eine Kombi-nutzung anzustreben. Er stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, dass die Beschlussfassung über den Standort des Museumsdepots verschoben wird. Die Bevorzugung des Standortes im Feuerhaus sei ihm nicht eingängig, er möchte daher im kleinen Kreis von Fraktionssprecher, Kulturreferentin und Kulturamtsleiterin die einzelnen Varianten besprechen. Sowohl der 1. Bürgermeister, als auch einzelne Stadtratsmitglieder, sehen die Notwendigkeit, dass die Architekten an dem Gespräch teilnehmen.

Beschluss:

Stadtrat Herr Seemüller stellt folgenden Antrag zur Geschäftsordnung: Der Stadtrat stimmt der Verschiebung der Beschlussfassung zu.

Abstimmungsergebnis: 21 / 3

Hinweis: ohne: Brunner

**5. Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/die Grünen & SPD;
Zuschuss für Miesbacher Gastronomie zur Umstellung auf ein Mehrwegsystem im
"to-go" Bereich**

Folgender Antrag ist bei der Stadt am 05.02.2022 per Mail eingegangen:

Stadtratsfraktionen Bündnis 90/ Die Grünen & SPD Miesbach

**Stadt Miesbach
z.Hd. 1. Bürgermeister Gerhard Braunmiller
Rathausplatz 1
83714 Miesbach**

Miesbach, den 03.02.2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller,

wir bitten Sie folgenden Antrag der Stadtratsfraktionen Bündnis 90/die Grünen & SPD Miesbach auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung vom 17.02.2021 zu setzen - TOP: Zuschuss für Miesbacher Gastronomie zur Umstellung auf ein Mehrwegsystem im „to-go“ Bereich.

Antrag:

Zuschuss für Miesbacher Gastronomie zur Umstellung auf ein Mehrwegsystem im „to-go“ Bereich.

Begründung:

Der praktische und zeitsparende Außerhaus-Konsum beim Essen hat sich zunehmend etabliert. Nicht nur coronabedingt nutzen immer mehr Menschen einen Abhol- oder Lieferservice. Für Gastronomie und Lebensmittelhandel ist er ein wichtiger Wachstumsmarkt. Die Kehrseite des to-go-Verzehrs: Der Berg an vermeidbaren Einwegverpackungen, die nur minutenlang benutzt werden, steigt stetig. Die jährlich anfallenden Verpackungsabfälle erreichen Rekordwerte.

Mit der Wahl der Verpackung haben Gastronomiebetriebe einen großen Einfluss auf das Abfallaufkommen in unserer Kommune.

Ab 01.01.2023 wird es gesetzlich Pflicht, ab einer bestimmten Betriebsgröße, alternativ Mehrweggeschirr im „to-go“ Bereich anzubieten – aber warum so lange warten? Mehrweg schafft Mehrwert – für die Wirt*innen, die Kund*innen und die Kommune.

Um Ausgabebetriebe von Speisen und Getränken „to-go“ dabei zu unterstützen, ökologisch sinnvolle Mehrwegverpackungen anzubieten, gewährt die Stadt Miesbach Gastronomiebetrieben in Miesbach einen einmaligen Zuschuss von 300 Euro zur Umstellung auf ein Pfandsystem.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, Gastronom*innen mit Sitz in der Stadt Miesbach, die „to-go“ anbieten, einen einmaligen Zuschuss von max. 300 Euro zum Umstieg auf ein Mehrweg-Pfandsystem zu gewähren. Der Zuschuss ist auf einen Standort pro Betrieb beschränkt und der Antrag für den Zuschuss muss bis zum 31.5.2022 bei der Stadt eingegangen sein. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die genauen Förderrichtlinien zur Stadtratssitzung am 17.3.22 bekannt zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Manfred Burger & Astrid Güldner
Bündnis 90 / Die Grünen

Paul Fertl & Florian Perkmann
SPD

Per E-Mail ging seitens der Antragsteller am Donnerstag den 17.02.2021 am Nachmittag nochmal ein geänderter alternativer Beschlussvorschlag 3 mit folgendem Wortlaut ein:

„Der Stadtrat beschließt, Gastronomen mit Sitz in der Stadt Miesbach, die „to-go“ anbieten, einen einmaligen Zuschuss von 300 Euro zum Umstieg auf ein Mehrweg-Pfandsystem zu gewähren. Der Zuschuss wird auf einen Standort pro Betrieb beschränkt. Die erforderlichen Mittel sind im Haushalt zu veranschlagen. Voraussetzungen für die Förderung sind: Abschluss eines Vertrags mit einem Systemanbieter bis zum 01.08.2022. Vertrags- oder Nutzungsdauer von mindestens einem Jahr. Die Stadtverwaltung wird beauftragt das Förderprogramm aufzulegen.“

Zu Beginn der Diskussion stellte Stadträtin Astrid Güldner dem Stadtrat kurz das Projekt und dessen Ziele vor. In diesem Zuge erklärte sie, dass der neue Beschlussvorschlag 3 den ursprünglichen ersetzen soll.

Stadratsmitglied Florian Perkmann als Mitinitiator ergänzte, dass dieses Projekt absolut sinnvoll ist. Aus der Praxis her gesehen kann so eine Menge Müll vermieden werden.

Insgesamt war sich der Stadtrat einig darüber, dass dieses Projekt sehr gut ist und unterstützt werden soll.

Eine kurze Diskussion gab es bezüglich der Frage, ob bei Veranstaltungen bei deren Genehmigung eine Nutzung von Mehrweggeschirr verpflichtend gemacht werden kann.

Stadratsmitglied Markus Seemüller stellte hier den Antrag, dass der vorliegende Beschlussvorschlag um den Zusatz „Die Stadt genehmigt Veranstaltungen mit der Pflicht, dass Mehrweggeschirr verwendet wird“, ergänzt werden soll.

Die Mehrheit des Stadtrates war der Meinung, dass die Beschlüsse getrennt abgestimmt werden sollen.

In der Folge stellte Stadratsmitglied Florian Hupfauer hierzu einen Antrag zur Geschäftsordnung, dass die Beschlussfassung über die verpflichtende Benutzung von Mehrweggeschirr bei Veranstaltungen auf eine der nächsten Sitzungen verschoben wird.

Nach der Diskussion gab der 1. Bürgermeister folgende 2 Beschlussvorschläge zur Abstimmung:

Beschluss 1:

Der Stadtrat beschließt, Gastronomen mit Sitz in der Stadt Miesbach, die „to-go“ anbieten, einen einmaligen Zuschuss von 300 Euro zum Umstieg auf ein Mehrweg-Pfandsystem zu gewähren. Der Zuschuss wird auf einen Standort pro Betrieb beschränkt. Die erforderlichen Mittel sind im Haushalt zu veranschlagen. Voraussetzungen für die Förderung sind der Abschluss eines Vertrags mit einem Systemanbieter bis zum 01.08.2022. Vertrags- oder Nutzungsdauer von mindestens einem Jahr. Die Stadtverwaltung wird beauftragt die hierfür rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen und das kommunale Förderprogramm aufzulegen.

Abstimmungsergebnis: 23 / 1

Hinweis: ohne: Brunner

Beschluss 2:

Die Entscheidung über die Verpflichtung bei Veranstaltungen Mehrweggeschirr vorzuschreiben wird auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

Abstimmungsergebnis: 17 / 7

Hinweis: ohne: Brunner

6. Veröffentlichung von nichtöffentlichen Beschlüssen des Stadtrates

22.03.2018 Gesetzliche (kommunale) Vorkaufsrechte der Stadt Miesbach; -Entscheidung über die Ausübung- Vollzug des Baugesetzbuches Kommunale Vorkaufsrecht nach §§ 24 ff BauGB Fl.Nr. 147, Gem. Miesbach

Der Stadtrat beschließt, dass das bestehende Vorkaufsrecht nach § 24 Abs. 1 Nr. 3 BauGB nicht ausgeübt wird.

22.03.2018 Austausch der Kehrmaschine Swingo 200+; weiteres Vorgehen

Der Stadtrat beschließt auf das vorgelegte Angebot der Fa. Aebi Schmidt einzugehen und die Kehrmaschine vom Typ Swingo 200+ auszutauschen. Die Erste Bürgermeisterin wird ermächtigt, den Auftrag zu unterzeichnen. Die neue Kehrmaschine soll mit einem Leasingvertrag über 60 Monate finanziert werden. Die Erste Bürgermeisterin wird ermächtigt, den Leasingvertrag mit der Kreissparkasse Miesbach-Tegernsee zu schließen.

22.03.2018 Austausch des Universalreinigungsgerätes; weiteres Vorgehen

Der Stadtrat beschließt das Angebot der Fa. Kärcher anzunehmen. Das eigenkonstruierte Universalreinigungsgerät wird zum Preis von 15.728,74 € (brutto) von der Fa. Kärcher abgelöst und der TDS Trailer 200bar, zu einem Preis von 36.190,28 € (brutto) beschafft. Die Erste Bürgermeisterin wird ermächtigt, das vorgelegte Angebot der Fa. Kärcher zu unterzeichnen.

22.03.2018 Erneuerung der Fenster und Türen im Beamtenhaus, Rathausstraße 2; Ermächtigung der Ersten Bürgermeisterin

Der Stadtrat beschließt die Erneuerung der Fenster und Türen im Beamtenhaus, Rathausstraße 2. Die Firma Martin hat das wirtschaftlichste Angebot abgegeben, zu einer Summe von 68.896,48 € (brutto). Die Erste Bürgermeisterin wird ermächtigt den Auftrag zu erteilen.

19.04.2018 Grundstücksverkauf an das Staatliche Bauamt Rosenheim-Abt. Straßenbau zum Ausbau der St2010 von Parsberg in Richtung Leitzach; Anpassung Kaufpreis

Der Stadtrat erkennt den vorgeschlagenen Grundstückspreis von 10,00 €/m² an, und ermächtigt die Erste Bürgermeisterin mit dem Staatlichen Bauamt Rosenheim einen entsprechenden Kaufvertrag zu schließen. Als zusätzliche Bedingung soll weiterhin vertraglich festgelegt werden, dass eventuell kontaminierte Bodenschichten beim verkauften Grundstück nicht durch die Stadt Miesbach entsorgt und eine Entsorgung auch nicht bezahlt werden muss.

19.04.2018 Deckensanierung und Einbau Asphaltdeckschichten Gewerbegebiet Nord – Abschluss des Ingenieurvertrags und Vergabeermächtigung –

Der Stadtrat erkennt die Notwendigkeit an und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Straßenbaumaßnahme. Für die planerische Leistung wird das Büro Dippold und Gerold beauftragt. Die Erste Bürgermeisterin wird ermächtigt, die bei den Vergaben erzielten wirtschaftlich günstigsten Angebote zu beauftragen.

19.04.2018 Anschluss der Anwesen „Ed“ an die öffentliche Wasserversorgung der Stadt Miesbach -Ermächtigung zum Vertragsabschluss-

Die Erste Bürgermeisterin wird ermächtigt, Sondervereinbarungen im Sinne der dargestellten Eckpunkte mit den Eigentümern der betroffenen Grundstücke zu schließen und nach Abschluss aller Verträge die seitens der Stadt zu erstellenden Maßnahmen, nach entsprechender Angebotseinholung an den wirtschaftlichsten Bieter, zu vergeben. Alternativ kommt auch eine Konstellation in Betracht, wonach ein gemeinsamer Zähler im Übergabeschacht installiert wird und die Stadt einen der Eigentümer vertraglich zum Gebührenschuldner bestimmt, und es Sache der Eigentümer untereinander ist, intern eine Regelung zum Gebührenaussgleich über private Zähler herbeizuführen.

19.04.2018 Niederlegung des Ehrenamtes -Feldgeschworener- wohnhaft in Floigerweg 22, 83714 Miesbach

Der Stadtrat stimmt den Anliegen des Feldgeschworenen, wohnhaft in Floigerweg 22, 83714 Miesbach, ihn aus dem Ehrenamt des Feldgeschworenen zu entbinden zu.

19.04.2018 Gesetzliche (kommunale) Vorkaufsrechte der Stadt Miesbach; Entscheidung über die Ausübung- Vollzug des Baugesetzbuches Kommunales Vorkaufsrecht nach §§ 24 ff BauGB / Fl.Nr. 61 Gem. Miesbach

Der Stadtrat beschließt, das bestehende Vorkaufsrecht nach § 24 Abs.1 Nr. 3 BauGB nicht auszuüben.

19.04.2018 Gesetzliche (kommunale) Vorkaufsrecht der Stadt Miesbach; -Entscheidung über die Ausübung- Vollzug der Naturschutzgesetze, Vorkaufsrecht nach Art. 39 BayNatSchG / Vollzug der Wassergesetze, Vorkaufsrecht nach § 99a WHG

Der Stadtrat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, dass eine Ausübung des Vorkaufsrechts nach Art. 39 BayNatSchG nicht vorgenommen wird. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Mitteilung gegenüber dem zuständigen Notariat und dem Landratsamt Miesbach abzugeben.

Das Vorkaufsrecht i.S.d. Art. 99a WHG soll dagegen ausgeübt werden, da das Grundstück in Teilbereichen für den zukünftigen Hochwasserschutz im Bereich „Kleinthal“ erforderlich ist. Die Erste Bürgermeisterin wird in diesem Zusammenhang ermächtigt, zusammen mit der Verwaltung, dem Wasserwirtschaftsamt Rosenheim und dem Ing.-Büro SKI die entsprechenden weiteren Verfahrensschritte einzuleiten und im Sinne des Hochwasserschutzes abzuschließen.

24.05.2018 Anfrage zum Grunderwerb im Zusammenhang mit dem Neubau einer Siloanlage zur Betriebserweiterung, Fl.Nr. 1340, Gem. Parsberg, Nähe Mühlenweg 3, -Festlegung des Kaufpreises, Ermächtigung der Ersten Bürgermeisterin zum Vertragsabschluss

Der Stadtrat ermächtigt die Erste Bürgermeisterin den Grundstücksstreifen Fl.Nr. 1340, Gem. Parsberg, zu den vom Bau- und Umweltausschuss festgelegten Konditionen, zu veräußern. Vermessungs- und Notarkosten sind zudem vom Käufer zu tragen.

24.05.2018 Errichtung eines Kunstrasenplatzes durch den SV Miesbach e.V. auf dem Grundstück der Senator-Voigt-Sportanlage; Sachstandsbericht durch den 1. Vorstand des SV Miesbach Stefan Griesbeck; Zustimmung der Stadt gem. Erbbaurechtsvertrag als Grundstückseigentümer

Der Stadtrat stimmt gem. dem Erbbaurechtsvertrag vom 08.05.2002, Abs. 2 Nr. 3 Buchstabe C zu, dass der SV Miesbach e.V. anstelle des bisherigen Rasenplatzes, einen Kunstrasen errichten darf.

24.05.2018 Genehmigung der Annahme von Spenden und Zuwendungen Dritter

Der Stadtrat genehmigt die Entgegennahme der Geld- und Sachspenden gemäß der Zuwendungsliste Nr. 01./2018 mit einem Gesamtbetrag i.H.v. 5.722,00 €.

24.05.2018 Gesetzliche (kommunale) Vorkaufsrechte der Stadt Miesbach; Entscheidung über die Ausübung- Vollzug des Baugesetzbuches Kommunales Vorkaufsrecht nach §§ 24 ff BauGB / Fl.Nr. 438 Gem. Miesbach

Der Stadtrat beschließt, das bestehende Vorkaufsrecht nach § 24 Abs. 1 Nr. 3 BauGB nicht auszuüben.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 24 / 0

Hinweis: ohne: Brunner

7. Unvorhergesehenes, Wünsche und Anträge

7.1. Unvorhergesehenes - Nutzung im alten Krankenhaus

Stadtrat Fertl merkt an, dass der Standort des alten Krankenhauses in der Auflistung des Depots fehlt. In diesem Zusammenhang möchte Herr Fertl festhalten, dass die Räumlichkeiten im alten Krankenhaus von der Stadt Miesbach selbst genutzt werden soll. Zudem sei ihm bekannt, dass freie Räumlichkeiten im alten Krankenhaus, an das Büro von Ilse Aigner vermietet werden sollen. Persönlich habe er nichts gegen Frau Ilse Aigner. Eine Einlagerung von Möbel, ohne bestehenden Mietvertrag, sei allerdings unakzeptabel.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne Brunner

7.2. Unvorhergesehenes - Kosten für die Schneekatastrophe

Stadträtin Schmid möchte wissen, ob die Kostenerstattung für die Schneekatastrophe 2019 bereits von der Regierung von Oberbayern bewilligt wurden.
Seitens der Verwaltung wurde dazu mitgeteilt, dass bis dato leider noch keine Kostenerstattung erfolgt ist, allerdings in regelmäßigen Abständen diesbezüglich bei der Regierung von Oberbayern nachgefragt wird.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne Brunner

7.3. Unvorhergesehenes - Radoffensive

Stadtrat Seemüller weist auf das Projekt „Radoffensive“ hin und merkt an, dass dazu bis Ende Februar Vorschläge eingereicht werden müssen.
Der 1. Bürgermeister informiert, dass dazu bereits ein Gesprächstermin anberaumt ist.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne Brunner

Ende der Sitzung

Miesbach, 7. März 2022

gez. Dr. Gerhard Braunmiller
1. Bürgermeister

